

N-1 Nachtragshaushalt 2025

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Nachtragshaushalt

Antragstext

1 Den Vorschlag für einen Nachtragshaushalt für 2025 findet ihr hier:

2

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/5833503739>

4

5 Der Bundesfinanzausschuss hat die vorläufige Inkraftsetzung durch den Länderrat
6 in seiner Sitzung am 10.12. empfohlen.

T-1 Vorschlag Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand Grüne Jugend
Beschlussdatum: 11.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Kampagnen Antrag
- 3 TOP 3 Bestätigung Teams
- 4 TOP 4 Verschiedene Anträge
- 5 TOP 5 Nachtragshaushalt
- 6 TOP 6 Sonstiges

V-1 Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik: Menschlichkeit statt Abschottung

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir als GRÜNE JUGEND fordern eine (menschen-)rechtsbasierte Asylpolitik und eine
2 gerechte und solidarische Integration auf Augenhöhe.

3 In den vergangenen Jahren hat sich die Asylpolitik in Deutschland und Europa
4 massiv verschlechtert. An den europäischen Außengrenzen sterben nach wie vor
5 täglich Menschen. Rechtswidrige Pushbacks und weitere Menschenrechtsverletzungen
6 gegen Geflüchteten durch staatliche Institutionen sind an der Tagesordnung.
7 Internationale Abkommen der EU, wie z.B. das mit der libyschen Küstenwache,
8 liefern Geflüchtete den Händen von kriminellen Schleppern aus und führen zu noch
9 mehr Leid und noch mehr Toten. In Deutschland wurden der Zugang zu Asylverfahren
10 und die Aufnahmebedingungen für Geflüchtete durch anlasslose Grenzkontrollen und
11 die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber*innen unter dem Deckmantel der
12 Terrorismus-Bekämpfung weiter erschwert. Bürokratische Hindernisse, lange und
13 teilweise menschenunwürdige Lebensverhältnisse, fehlende finanzielle Mittel,
14 sowie der fehlende politische Wille führen dazu, dass die Integration der
15 Menschen, die in Deutschland und Europa Zuflucht finden, unnötig erschwert wird.
16

17 Die deutsche und europäische Asylpolitik ist eine Politik der Abschottung, der
18 Illegalität und der Unmenschlichkeit, die dem falschen und mehrfach
19 wissenschaftlich widerlegten Mythos folgt, dass durch Abschottung und
20 Grausamkeit Flucht und Migration reduziert werden könne. Wir tragen diese
21 Politik nicht mit und fordern die Grüne Partei auf, wo immer sie in Regierungen
22 und Parlamenten in Verantwortung ist, weitere Einschränkungen der Rechte von
23 Asylbewerber*innen abzulehnen und entgegenzutreten

24 Die Debatte in Deutschland ist von menschenfeindlichen und populistischen Ideen
25 dominiert. Sie wird durch gezielte Desinformationskampagnen geprägt und wird der
26 Notwendigkeit einer solidarischen Migrationspolitik nicht gerecht.

27 Wir fordern, Politik für alle Menschen zu machen und den Schwerpunkt der Debatte
28 auf die Verbesserung der Integration sowie auf die Verbesserung der

29 Fluchtumstände und der wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen zu legen, anstatt
30 dem Rechtspopulismus, der ohne gesellschaftliche Problemen zu lösen die
31 Migration begrenzen möchte, nachzugeben.

32 Das Recht auf ein faires und unvoreingenommenes Asylverfahren mit zeitnahen
33 Entscheidungen ist für das Ankommen und Einleben in Deutschland Voraussetzung
34 und muss das politische Ziel sein. Das umfasst unter anderem den barrierearmen
35 Zugang zu Bildung und Wohnraum, sowie Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen und
36 soziale Teilhabe. Dazu gehören unter anderen Investitionen in Sprachkurse,
37 Schul- und Erwachsenenbildung, sowie Flüchtlingsunterkünfte. Auch gegen
38 systematische Diskriminierung und rassistische Gewalt muss aktiv vorgegangen
39 werden.

40 Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, sichere Fluchtwege zu
41 schaffen. Mit eigenen Booten und Flugzeugen muss ermöglicht werden, dass
42 Menschen aus Krisengebieten leicht fliehen können. Wir setzen uns auch für
43 Sonderaufnahmeprogramme ein, wie z.B. aus Gaza oder dem Libanon. Das Sterben auf
44 dem Mittelmeer muss beendet und Seenotrettung vollständig legalisiert werden.
45 Frontex muss abgeschafft werden und haftähnliche Bedingungen in
46 Flüchtlingslagern müssen sofort beendet werden. Menschenrechtsverletzungen an
47 den EU-Außengrenzen müssen aufgedeckt, bestraft und systematisch verhindert
48 werden.

49
50 Wir lehnen Migrationsabkommen der EU mit Herkunft- und Transitländern von
51 Geflüchteten ab, die einzig und allein dem Ziel dienen, Flucht nach Europa zu
52 verhindern und/oder einzudämmen. Solche Abkommen sind aus den Erfahrungen mit
53 Ländern wie Libyen, der Türkei und Tunesien erstens nicht wirksam, führen
54 zweitens zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten und
55 finanzieren drittens kriminelle und autokratische Strukturen. Stattdessen
56 braucht es internationale Zusammenarbeit, die Flucht und Migration ermöglicht
57 und sie sicher und gerecht gestaltet. Wir lehnen das Konzept der "sicheren
58 Drittstaaten" und "sicheren Herkunftsländer" ab und setzen uns für einen
59 sofortigen, dauerhaften Abschiebestopp ein.

60 Deutschland und Europa haben im Bereich der globalen Partnerschaften unter
61 anderem aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit, vor dem Hintergrund globaler
62 Gerechtigkeit und Klimaverantwortung eine besondere Verantwortung und auch
63 historische Schuld. Neben der solidarischen Migrations- und Integrationspolitik
64 muss der Fokus zusätzlich auf der Bekämpfung der Fluchtursachen liegen - Dieser
65 Verantwortung können Deutschland und Europa nur teilweise gerecht werden, indem
66 nötige finanzielle Mittel in ausreichender Höhe entsprechend bereitgestellt
67 werden. Die bisherige Konzeption der Entwicklungspolitik muss kritisch
68 hinterfragt werden. Geld allein ist nicht die Lösung, sondern es Bedarf eines
69 regen Wissenstransfers, einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Transparenz gegen
70 Korruption, der Wahrung kultureller Identitäten, Friedenssicherung - im
71 Allgemeinen einem Zugeständnis die Lebensbedingungen vor Ort drastisch zu

72 verbessern. Dabei müssen neokoloniale Abhängigkeiten vermieden werden.

73 Unser Ziel ist ein offenes Europa der Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt.

74 Gerade jetzt, wo diese Selbstverändlichkeit der demokratischen Grundordnung von
75 (rechten) Populist*innen und Rechtsextremen bedroht wird, liegt es an uns, dieses
76 zu schützen und zu verwirklichen.

77 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. – Rücken wir die Menschlichkeit
78 wieder in den Fokus der Gesellschaft und der Debatte!

V-2 8. Mai als bundesweiter Feiertag: Erinnerung und Verantwortung stärken

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Der Länderrat möge beschließen:

2 **1. Der 8. Mai als bundesweiter Feiertag:**

3 Die Grüne Jugend bekräftigt, dass der 8. Mai, der Tag der Befreiung von
4 Faschismus und Weltkrieg, ein offizieller Feiertag werden muss. Die
5 Landesvorstände werden aufgefordert, sich für die notwendige Gesetzesänderung
6 einzusetzen.

7 **2. Bildung und Aufklärung stärken:**

8 Die Grüne Jugend verstärkt die Öffentlichkeits-, Presse- und Bildungsarbeit auf
9 allen Ebenen zu den Ursachen, Mechanismen und Folgen von Faschismus sowie zur
10 Rolle von Widerstand und Befreiung. Insbesondere im Hinblick auf den 80.
11 Jahrestag der Befreiung im Jahr 2025 sollen in Kooperation mit
12 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Bildungseinrichtungen bundesweite
13 Bildungsangebote entwickelt werden.

14 **3. Einbindung der Zivilgesellschaft:**

15 Die Grüne Jugend unterstützt die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen
16 und Verbänden, die sich für die Erinnerung an den 8. Mai sowie für den Kampf
17 gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus einsetzen, und kommt im Rahmen
18 der Bündnisarbeit mit diesen Initiativen und Verbänden in den Austausch.

V-4-NEU1 Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Schaut man heute in die Nachrichten, so herrscht gefühlt überall auf der Welt
2 Krieg. Ob Ukraine, Sudan oder Nahost: Bei kriegerischen Auseinandersetzungen
3 geht es immer um Verteilungskonflikte. Um Macht, die vor allem einzelne Männer
4 über Staatsgebiete ausüben wollen.

5 Als Jugendorganisation in Deutschland stehen wir bei allen kriegerischen
6 Konflikten auf der Seite der Zivilbevölkerung und setzen uns für den Schutz von
7 Menschenleben und den Schutz eines Lebens in Würde für alle Menschen ein. Zudem
8 ist es unsere Pflicht, in Deutschland auf das Leiden aufmerksam zu machen, uns
9 mit betroffenen Communities zu solidarisieren und entschieden bei
10 Diskriminierungen einzuschreiten. Die Antwort auf kriegerische
11 Auseinandersetzungen darf niemals mehr Spaltung und die Verengung von
12 Diskursräumen sein. Unsere Migrationsgesellschaft muss die vielfältigen,
13 unterschiedlichen Perspektiven anerkennen, die auch aufgrund von biografischen
14 Prägungen mitunter voneinander abweichen. Grundlage für all unsere
15 gesellschaftlichen Diskussionen muss dabei der Konsens sein, dass die Würde
16 aller Menschen unantastbar ist und alle Menschen unabhängig von ihrer
17 Religionszugehörigkeit und ihres ethnischen Hintergrundes gleich an Rechten
18 sind.

Slava Ukraini

20 Putins Russland bestrafte den Freiheitsdrang und das Streben der Ukraine, Teil
21 der europäischen Gemeinschaft zu werden, durch die Annexion der Krim und den
22 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ostukraine seit 2014, sowie ein
23 umfassendes Angriffskrieg seit 2022. Seit mehr als zehn Jahren führt Russland
24 also diesen Krieg gegen die Ukraine und gegen die europäische Friedensordnung.
25 Russland ist der Aggressor und daher auch der Staat, der sich mit jedem weiteren
26 Tag, den dieser Krieg andauert, weigert, das sinnlose Töten endlich zu beenden.

27 Wir unterstützen eine unabhängige Untersuchung von Völkerrechtsverletzungen und
28 Kriegsverbrechen.

29 So lange das der Fall ist, muss Deutschland die Ukraine politisch in ihrem
30 Selbstbestimmungsrecht und militärisch mit Waffenlieferungen unterstützen, bis
31 die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet wieder selbstbestimmt verwalten kann. Dazu
32 gehört auch, dass die Ukraine das Recht haben muss, militärische Ziele in
33 Russland anzugreifen, um sich selbst vor weiteren Angriffen zu schützen. Die
34 Integration der Ukraine in die NATO und ihre militärische Stärkung ist der
35 einzige Weg, langfristig Frieden und eine Zukunft für das Land zu sichern

36 Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die
37 europäische Sicherheit und die europäischen Werte von Demokratie,
38 Menschenrechten und Frieden. Die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union
39 sollten daher weiter vorangetrieben werden.

40 Die internationale Staatengemeinschaft muss die Ukraine darin unterstützen, das
41 Land jetzt als auch nach dem Ende des Angriffskriegs wieder aufzubauen.

42 Putins System betreibt seit spätestens 2014 einen Parallelkrieg, bei dem
43 Desinformation als Waffe genutzt wird, um westliche Demokratien zu
44 destabilisieren, die Gesellschaft zu spalten und die Unterstützung für die
45 Ukraine zu untergraben. Falschbehauptungen wie die "Bedrohung durch die NATO"
46 oder ein angeblicher Genozid dienen dazu, Russlands Aggression zu rechtfertigen
47 und Zweifel an den Positionen der Personen und Akteur*innen zu säen, die für
48 Freiheit, echte Demokratie und Selbstbestimmung eintreten. Plattformen müssen
49 verpflichtet werden, gezielte Desinformation zu löschen und ihre Algorithmen
50 transparenter zu gestalten. Zudem sind russische Propagandamedien wie RT und
51 Sputnik dauerhaft zu sperren, während faktenbasierte, unabhängige Medien
52 gestärkt werden. Es ist Zeit für klare Maßnahmen, um Desinformation zu bekämpfen
53 und unsere Demokratien zu schützen.

54 Gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch viele Menschen in Russland unter der
55 Tyrannei des Regimes leiden. So sollte beispielsweise kein Mensch jemals zum
56 Kriegsdienst gezwungen werden dürfen. Deshalb sind wir als GRÜNE JUGEND
57 solidarisch mit allen, die gegen Putins Herrschaft und seinen Krieg ankämpfen.

58 **Frieden im Nahen Osten**

59 Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir den brutalen Angriff der Hamas und anderer
60 Terrororganisationen auf Israel, bei dem unzählige Zivilist*innen verletzt,
61 getötet oder entführt wurden. Wir fordern die sofortige, bedingungslose
62 Freilassung aller Geiseln, die noch heute gefangen gehalten werden. Uns bestürzt
63 als queerfeministischer Verband besonders das Ausmaß der systematischen
64 sexualisierten Gewalt durch die Hamas. Auch verurteilen wir die Verherrlichung
65 dieses antisemitischen Terrors als „Widerstand“ auch durch Akteur*innen in
66 Deutschland. Wir stehen selbstverständlich an der Seite der israelischen
67 Zivilbevölkerung und bekräftigen das Existenzrecht sowie das Recht auf

68 Selbstverteidigung Israels gegen solche Angriffe. Wir fordern die internationale
69 Gemeinschaft auf, die Hamas zu zerschlagen, ihre Anführer*innen, aber auch ihre
70 Unterstützer*innen, wie beispielsweise das Terrorregime im Iran, zur
71 Rechenschaft zu ziehen. Für den Schutz der palästinensischen und israelischen
72 Zivilbevölkerung braucht es einen sofortigen Waffenstillstand.

73 Angesichts des Vorgehens der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen und
74 tausenden zivilen Opfern unterstützen wir eine unabhängige Untersuchung von
75 Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Humanitäre Organisationen warnen
76 vor einer akuten Hungersnot für die palästinensische Bevölkerung. 70 Prozent der
77 Gebäude im Gazastreifen sind zerstört. Gleichzeitig schränkt die israelische
78 Regierung nachweislich die Zufuhr von Hilfsgütern ein. Immer wieder wird der
79 Vorwurf eines Genozids von Israel an den Palästinenser*innen erhoben. Als GRÜNE
80 JUGEND fordern wir die israelische Regierung auf, die Lieferung humanitärer
81 Hilfe ungehindert in den Gazastreifen zuzulassen. Angesichts der humanitären
82 Lage im Gazastreifen und dem dokumentierten brutalen Vorgehen der israelischen
83 Regierung darf Deutschland keine weiteren Waffen an Israel liefern, die zu
84 anderen Zwecken als denen der Verteidigung eingesetzt werden könnten.

85 Nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in Libanon leidet die Bevölkerung unter
86 den Kämpfen zwischen der islamistischen Hisbollah und dem israelischen Militär.
87 Dabei verstärkt der Konflikt die wirtschaftliche Notlage im Land. In der
88 Auseinandersetzung zwischen Israel und der vom Terrorregime im Iran
89 unterstützten Hisbollah muss es darum gehen, die Zivilbevölkerung zu schützen –
90 besonders die 1,2 Millionen Menschen in Libanon, die aktuell auf der Flucht
91 sind. Wir unterstützen die internationalen Bestrebungen nach einem
92 Waffenstillstand in Libanon und fordern die internationale Gemeinschaft ebenso
93 auf, sich für eine Lösung einzusetzen, die der israelischen Zivilbevölkerung
94 eine sichere Rückkehr in den Norden des Landes ermöglicht.

95 Die fortgesetzte illegale Siedlungspolitik und die völkerrechtswidrige Besatzung
96 der Westbank sowie die Gewalt durch rechtsradikale Siedler*innen gegen
97 palästinensische Zivilist*innen müssen sofort beendet werden. Die aktuelle
98 Politik der israelischen Regierung trägt zu einer Eskalation der Gewalt bei und
99 untergräbt die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung.

100 Anhaltende Sicherheit für Israelis wird nur möglich sein, wenn es auch
101 anhaltende Sicherheit für Palästinenser*innen gibt, und umgekehrt. Daher geben
102 wir die Vision nicht auf, dass beide friedlich Seite an Seite in zwei Staaten
103 leben.

104 Die Pläne der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung, Teile der
105 Westbank zu annektieren und damit die Zwei-Staaten-Lösung noch weiter zu
106 verunmöglichen, verurteilen wir. Eine adäquate politische Reaktion wäre die
107 Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates einschließlich des

108 Gazastreifens sowie die Sanktionierung relevanter Vertreter*innen der
109 Siedlerbewegung.

110 Aber nicht nur in der Region hat der Krieg seit dem 07.10.2023 Auswirkungen.

111 Es ist beängstigend und absolut inakzeptabel, wenn sich Juden*Jüdinnen in
112 Deutschland nicht mehr ohne weitreichende Sicherheitsmaßnahmen trauen, ihr Leben
113 zu gestalten. Gleichzeitig sehen wir auch einen erheblichen Anstieg von anti-
114 muslimischem Rassismus. Dieser darf, genauso wie jede andere Form von Hass und
115 Ausgrenzung, in unserer Gesellschaft niemals toleriert werden. Wir fordern
116 wirksame Maßnahmen, um Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in unserer
117 Gesellschaft zu bekämpfen, besonders durch Bildungs- und Präventionsarbeit, die
118 finanziell gestärkt und langfristig gesichert werden muss.

119 In der GRÜNEN JUGEND hat jede Form von Rassismus und Antisemitismus keinen
120 Platz.

121 **Krieg um Ressourcen im Sudan**

122 Der wohl größte in Deutschland kaum thematisierte Krieg spielt sich derzeit im
123 Sudan ab. Dabei geht es um einen Konflikt über den Zugang zu den
124 wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, wie zum Beispiel den Zugang zu den
125 endlichen Ressourcen Gold und Öl, der auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen
126 wird. Weil Autokraten und paramilitärischen Gruppen Machtspiele spielen, leidet
127 die Bevölkerung des Landes unter der größten humanitären Katastrophe der Welt:
128 mehr als die Hälfte hungert (26 Millionen Menschen), die medizinische Versorgung
129 ist vielerorts zusammengebrochen und über 13 Millionen Menschen befinden sich
130 auf der Flucht vor dem Krieg. Zehntausende Zivilist*innen wurden getötet oder
131 verletzt.

132 Beide Kriegsparteien begehen zudem erschreckende Menschenrechtsverletzungen. Es
133 geht unter anderem um Kriegsverbrechen wie sexualisierte Gewalt, Folter,
134 Misshandlungen, Mord und Verstümmelung. Aktuell gibt es quasi keine Möglichkeit,
135 humanitäre Hilfe ins Land zu bringen, da beide Kriegsparteien auch humanitäre
136 Akteure und deren Mitarbeitenden ins Visier nehmen.

137 Wir setzen uns für die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen
138 Waffenstillstand ein. Die Unterstützer der Konfliktparteien müssen aufhören, den
139 Konflikt durch Waffenlieferungen zu verstärken und der Zugang für humanitäre
140 Hilfe muss von den Konfliktparteien gewährleistet werden. Für einen etwaigen
141 Friedensprozess ist die Beteiligung der sudanesischen Zivilgesellschaft an
142 diesem essenziell.

143 **Kurdische Freiheitskämpfe unterstützen: Jin, Jiyan Azadi!**

144 Unter dem Leitspruch "Jin, Jiyan, Azadi", der für Frau, Leben und Freiheit
145 steht, haben sich insbesondere die Kämpfer*innen der syrisch-kurdischen YPG der
146 Terrororganisation des IS entgegengestellt. Die kurdischen Siedlungsgebiete im
147 Nordostensyriens sowie im Norden des Iraks und die Shingal-Region auf dem Gebiet
148 des Zentraliraks sind jedoch seit 10 Jahren anhaltender Schauplatz gezielter
149 Destabilisierung und kriegerischer Handlungen.

150 Die GRÜNE JUGEND fordert die Bundesregierung zu einer klaren Haltung gegen die
151 kriegerischen Aktivitäten des NATO-Partners Türkei in Syrien und im Irak auf.
152 Auch fordert die GRÜNE JUGEND Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

153 Die neue Dynamik für einen mögliche Wiederbelebung des türkisch-kurdischen
154 Friedensprozesses ist aus unserer Sicht ein Hoffnungsschimmer, den Deutschland
155 durch eine starke, internationale Rolle begleiten sollte. Auch deswegen ist die
156 Bundesregierung aufgefordert, sich für die Freilassung aller politischen
157 Gefangenen in der Türkei, einzusetzen und dies zur Bedingung jedweder
158 Kooperation mit der Republik Türkei zu machen.

159 Wir fordern die Bundesregierung auf, diplomatische Beziehungen zu den kurdischen
160 Autonomiebehörden im Nordosten Syriens aufzunehmen. Diese Region hat die
161 Menschheit vor dem Terror des IS gerettet und verdient unsere politische
162 Unterstützung, insbesondere bei Sicherung und Strafprozessen von IS-Tätern.

163 Wir unterstützen die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der kurdischen
164 Autonomieregierung im Nordirak. Die Präsenz der Bundeswehr in Erbil gilt es
165 langfristig zu sichern, um die Region in ihrer Sicherheit zu unterstützen. Die
166 anhaltende Destabilisierung der Region durch den Iran verurteilen wir scharf.
167 Die Bundesregierung sollte mit ihren Partnern in Kurdistan-Irak eine gemeinsame
168 Strategie gegen die Einflussnahme des Irans entwickeln.

169 10 Jahre nach dem Völkermord an den Jesiden durch den IS ist die Shingal Region
170 im Zentralirak immer noch nicht sicher für eine umfassende Rückkehr der vielen
171 Hunderttausenden Binnenvertriebenen. Die Bundesregierung und die internationale
172 Staatengemeinschaft müssen Sicherheit und Frieden für Shingal zur Priorität
173 ihrer Irakpolitik machen. Alle externen Akteure müssen aufhören, das
174 ursprüngliche Siedlungsgebiet der Jesiden als Spielfeld ihrer politischen
175 Machtkämpfe zu nutzen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für eine umfassende
176 Aufarbeitung von IS-Verbrechen ein. Das Ende der UNITAD-Mission auf Druck der
177 pro-iranischen Kräfte im Irak bleibt ein Skandal. Jetzt gilt es die Aufarbeitung
178 von IS-Verbrechen auf anderen Wegen zu unterstützen.

179 **Solidarität hat kein Ablaufdatum: Bergkarabach**

180 Angesichts der fortdauernden prekären Situation der, vor dem aserbaidischen
181

182 Angriff aus Bergkarabach geflüchteten, Armenier*innen, der Zerstörung des
183 armenischen kulturellen Erbes in Bergkarabach und der fortdauernden Bedrohung
184 der Existenz Armeniens und der Sicherheit der armenischen Bevölkerung durch das
185 Alijew-Regimes, erneuern wir unsere Forderungen, die wir im Rahmen des Antrages
186 "Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach" auf dem 57. Bundeskongress
187 beschlossen haben. Wir verurteilen auch weiterhin den aserbaidischen
188 Angriff auf Bergkarabach und sind solidarisch mit den aus Bergkarabach
189 Geflüchteten, den Menschen in Armenien sowie der migrantisch-armenischen
Community in Deutschland.

190 **Oberste Prioritäten: Schutz und Umsetzung des Völkerrechts**

191 Es ist an der Zeit, dass Bündnis 90/Die Grünen sich konsequent für ein sicheres
192 Zuhause für alle Menschen in Konfliktgebieten einsetzt. Dazu braucht es gezielte
193 Aufnahmeprogramme und die mehr als einmalige Anwendung der europäischen
194 Massenzustromsrichtlinie als zentrale Instrumente. Gleichzeitig müssen sichere
195 Fluchtwege geschaffen werden, um Menschen in Not zu unterstützen

196 Wer in Deutschland Schutz gefunden hat, muss auch hier sicher sein.
197 Abschiebungen – insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete – stehen klar im
198 Widerspruch zu den Werten der GRÜNEN JUGEND. Stattdessen fordern wir verstärkt
199 Aufnahmeprogramme, die Menschen aus gefährdeten Regionen eine langfristige
200 Perspektive bieten.

201
202 Insbesondere nach einem erfolgreichen Putsch in Syrien nun Asylanträge nicht
203 mehr zu behandeln und sofortige Abschiebungen in ein Land zu fordern, welches
204 weiterhin keine gesicherte Demokratie ist und von einer bewaffneten
205 Terrororganisation befreit wurde, ist nicht mit dem Schutz von Menschen
206 vereinbar.

207 Es ist zudem unerlässlich, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung
208 gerecht wird und Hilfsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefert. Besonders in
209 Regionen, die von anhaltenden Konflikten betroffen sind, sind solche Lieferungen
210 oft überlebenswichtig.

211 Humanitäre Hilfe darf dabei nicht an politische oder wirtschaftliche Interessen
212 geknüpft sein, sondern muss den Menschen in den betroffenen Gebieten direkt
213 zugutekommen. Nur durch eine Kombination aus Schutz, Aufnahmeprogrammen und
214 humanitärer Unterstützung kann Deutschland seiner Rolle als solidarischer Akteur
215 in der internationalen Gemeinschaft gerecht werden.

216 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten
217 der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des humanitären Völkerrechts
218 basiert und sich gleichzeitig für globale Gerechtigkeit und eine Überwindung des
219 postkolonialen Erbes der europäischen Nationalstaaten einsetzt.

220 Die Vereinten Nationen, die internationalen Gerichtshöfe sowie deren Organe sind
221 zentrale Säulen einer völkerrechtsbasierten Ordnung und genießen in ihren
222 Einschätzungen unser Vertrauen. Sie müssen von uns gegen Angriffe verteidigt
223 werden.

224 Urteile und Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes umzusetzen, ist
225 Deutschlands vertragliche Pflicht. Als solche bedarf sie keiner Interpretation.
226 Sich klar zu dieser Pflicht zu bekennen muss eine Selbstverständlichkeit jeder
227 deutschen Politik sein.

228 Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte,
229 menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um
230 den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

231 **Unsere Verantwortung als GRÜNE JUGEND**

232 Selbstverständlich sind die hier thematisierten nicht die einzigen
233 (kriegerischen) Konflikte auf dieser Welt. Ob Afghanistan, Äthiopien oder
234 Nigeria, unsere Grundprinzipien bleiben die gleichen.

235 Als Jugendverband sind unsere Einflussmöglichkeiten auf internationale
236 kriegerische Konflikte begrenzt, dennoch trägt der Verband die Verantwortung
237 sich zu diesen Themen weiterzubilden. Dafür unterstützt der Bundesvorstand die
238 Landes- und Kreisverbände.

239 Gewalt und kriegerische Handlungen bleiben für uns kein legitimes Mittel der
240 politischen Auseinandersetzung und wir verurteilen sie ohne Ausnahme. Wir stehen
241 zu jeder Zeit und in jedem Konflikt an der Seite der Zivilbevölkerung und jener,
242 die sich gegen kriegerische Angriffe verteidigen müssen, und rufen zu deren
243 Schutz auf.

244 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist auch während kriegerischen Konflikten
245 nicht verhandelbar, sondern oberstes Gut. Unter Kriegen und Konflikten leiden
246 marginalisierte Menschen immer am stärksten, ihr Schutz ist dabei nie
247 zweitrangig. Egal in welchem Konflikt, Hunger und sexualisierte Gewalt werden
248 immer wieder als Kriegswaffe missbraucht. Niemals darf das geduldet werden.

249 Daher stehen wir an der Seite derer, die sich weltweit für ein Leben in
250 Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung einsetzen. Wir engagieren uns in
251 solidarischen Bündnissen zum Schutz von Zivilist*innen und gegen die globale
252 Rückkehr faschistischer Herrschaft, und verschaffen marginalisierten Stimmen in
253 unserer Gesellschaft Gehör. Demokratien müssen überall auf der Welt geschützt
254 werden, sei das mit Diplomatie, humanitärer Hilfe, Sanktionen oder
255 Waffenlieferungen, wenn nötig. Bei all dem sind wir als GRÜNE JUGEND nicht
256 machtlos. Auch wenn es nicht unsere Aufgabe ist, konkrete Lösungsvorschläge für
257 Konflikte zu formulieren und realisieren, können wir doch auf die politischen
258 Verantwortlichen in Deutschland und Europa Druck ausüben und uns so für eine
259 deutsche und europäische Außenpolitik einsetzen, die sich ihrer Mitverantwortung

260 für das Schicksal vieler Menschen und der globalen Ungerechtigkeiten bewusst
261 ist, Fehler aufarbeitet und nach den, in diesem Antrag formulierten Prinzipien
262 handelt.

263 Wir werden gemeinsam für einen globalen Antifaschismus, einen echten Frieden in
264 Freiheit und grenzenlose Solidarität eintreten!

V-5 Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Als Grüne Jugend stellen wir
2 uns einem sprachlichen Überbietungswettkampf von rechts entschieden entgegen.
3 Wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler im "großen Stil" abschieben möchte
4 und ein CDU-Kanzlerkandidat durch rassistische Aussagen wie der von einem
5 vermeintlichen "Sozialtourismus" von Geflüchteten nach Deutschland auffällt,
6 müssen Vertreter*innen von Bündnis 90/Die Grünen sich dem klar entgegenstellen.
7 Dass solche Aussagen, die der CDU-Kanzlerkandidat getroffen hat, klar
8 rassistisch sind, ist nicht zu leugnen. Das sollte allgemein und auch von allen
9 Grünen anerkannt werden. Jede demokratische Partei hat eine große Verantwortung,
10 den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. Sprache schafft
11 Realität. Wir erleben seit Monaten einen massiven Rechtsruck in der politischen
12 Debatte, der insbesondere marginalisierte Menschen stark trifft. Gleichzeitig
13 nimmt die Zustimmung zu islamfeindlichen und antisemitischen Aussagen in der
14 Gesellschaft stark zu. Wir fordern die Grünen, insbesondere
15 Funktionsträger*innen, dazu auf, diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden und
16 keine rechtspopulistischen Erzählungen aufzugreifen. Gerade mit Blick auf den
17 Wahlkampf ist das besonders wichtig. Wir als Grüne Jugend stehen für eine
18 Zukunft, in der alle Menschen sicher, selbstbestimmt und diskriminierungsfrei
19 leben können und in der alle Menschen, die Schutz suchen, auch Schutz bekommen.
20 Aktuell sehen wir oft, wie Politiker*innen demokratischer Parteien
21 rechtspopulistische Narrative aufgreifen, insbesondere in der Migrationspolitik
22 und Queerpolitik. In den vergangenen Wochen haben auch Vertreter*innen der
23 Partei Bündnis 90/Die Grünen mehrfach Aussagen getätigt, die für uns als Grüne
24 Jugend inakzeptabel sind.

25 Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung des Slogans: "Make Green Great Again".
26 Wir können nicht nachvollziehen, warum der zentrale Wahlkampfsspruch einer Person
27 übernommen wird, die frauenfeindliche, klimaskeptische, ableistische,
28 queerfeindliche und faschistische Positionen vertritt, um für die grüne Partei
29 zu werben. Das ist inakzeptabel! Durch die Übernahme solcher Slogans stärkt man
30 die Narrative der Urheber*innen. Wir haben es nicht nötig, uns vermeintliche
31 Erfolgsstrategien von Trump abzuschauen. Wir fordern daher eine klare

32 Entschuldigung und eine eindeutige Abgrenzung von derartigen Aussagen.

33 Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion von Schutzsuchenden und
34 Asylbewerber*innen auf Personen, die in Deutschland "ihr Glück suchen" und die
35 "wir gebrauchen können" z.B. weil sie für uns in Pflegeheimen arbeiten sollen.
36 Viele Menschen suchen in Deutschland und Europa nicht einfach nur eine neue
37 Arbeitsstelle, sondern Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg! Diese
38 Tatsache sollte in jedem grünen Interview über Asyl- und Migrationspolitik
39 gewürdigt werden. Menschen nur auf ihre Nützlichkeit zu reduzieren, ist
40 entmenschlichend. Wenn im selben Atemzug von Rechten gesprochen wird, die
41 "verwirkt werden", dann müssen wir als Grüne Jugend dem entschieden
42 entgegentreten und sagen: "Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Ein
43 Menschenrecht kann nicht verwirkt werden!" Aussprüche von Rechten, die
44 "verwirkt" würden, erinnern an das rechte Narrativ vom "verwirkten Gastrecht".
45 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und sich hier ein Leben aufbauen,
46 sind keine Gäst*innen, die wir nach Belieben rausschmeißen können. Sie sind
47 unsere Mitmenschen und dementsprechend sollten wir sie auch in unserer Sprache
48 behandeln! Auch hier erwarten wir eine deutliche Entschuldigung und eine
49 Distanzierung von dieser Sprache.

50 Noch ein Beispiel ist ein Post einer Spitzenpolitikerin auf der Plattform "X",
51 in dem als Reaktion auf den Anschlag von Solingen gesagt wird, man habe ja zum
52 Glück schon geregelt, dass Abschiebungen auch nachts und ohne Vorankündigung
53 stattfinden können. Hier wird eine aus unserer Sicht problematische Verknüpfung
54 von Sicherheitspolitik und Migrationspolitik hergestellt. Diese Verknüpfung
55 schürt rassistische Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und stellt sie unter
56 Generalverdacht. Zudem bedeuten nächtliche und unangekündigte Abschiebungen ein
57 retraumatisierendes Erlebnis für die Betroffenen. Dass der Post inzwischen
58 gelöscht wurde, reicht nicht aus. Es braucht auch hier eine Entschuldigung für
59 die Verwendung rassistischer Narrative.

60 Darüber hinaus verurteilen wir, dass in einem Antrag zur 50. BDK, der von
61 zahlreichen grünen Spitzenpolitiker*innen unterstützt wurde, neben vielen
62 inhaltlichen Punkten, die wir als Grüne Jugend ablehnen - wie der Auslagerung
63 von Asylverfahren in Drittstaaten - von der "Reduzierung ungesteuerter
64 Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich
65 ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, lehnen wir ab, da auch
66 hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht werden.
67 Migration ist eine Realität und sie kann nicht ohne massive
68 Menschenrechtsverstöße "reduziert" werden. Wir als Grüne Jugend treten diesem
69 Narrativ entschieden entgegen.

70 Ableismus bleibt ein tief verwurzelt Problem in politischen Debatten und
71 gesellschaftlichen Strukturen. Wir setzen uns geschlossen gegen jede Form der
72 Diskriminierung aufgrund von Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder

73 neurodiversen Merkmalen ein. Gleichzeitig fordern wir Bündnis 90/Die Grünen dazu
74 auf, sich aktiv mit Ableismus auseinanderzusetzen, um diskriminierende
75 Strukturen in der Partei und im öffentlichen Diskurs zu erkennen und abzubauen.
76 Es ist essenziell, dass ableistischer Sprache und Handlungen in politischen
77 Diskussionen entschieden widersprochen wird. Die Lebensrealitäten von Menschen
78 mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und neurodiversen Menschen finden in
79 politischen Debatten nach wie vor zu wenig Beachtung. Ihre Perspektiven und
80 Erfahrungen müssen sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir
81 als Grüne Jugend sehen es als unsere Verantwortung, uns konsequent für ihre
82 Rechte einzusetzen und dafür Plattformen zu schaffen, auf denen sie ihre
83 Anliegen selbstbestimmt vertreten können. Der Bundesvorstand der Grünen Jugend
84 wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass künftige Wahlkampagnen möglichst
85 barrierefrei gestaltet sind. Dies umfasst sowohl physische als auch digitale
86 Barrierefreiheit sowie die Vermeidung ableistischer Sprache und Darstellungen.

87 Bündnis 90/Die Grünen müssen für einen Politikstil stehen, der für alle Menschen
88 da ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt.
89 Bündnisgrüne Politik muss sich daran messen lassen, wie viel Sicherheit sie für
90 marginalisierte Gruppen bietet. Eine antirassistische Sprache kann hier nur
91 einen Anfang darstellen.